



Aldi-Filiale



Ramsauer

SUBVENTIONEN

Aldi kassiert Geld vom Staat

Der Discounter Aldi erhielt in den vergangenen Jahren staatliche Subventionen in beträchtlicher Höhe. Sowohl Aldi Nord als auch Aldi Süd hatten beim Bundesamt für Güterverkehr (BAG) Fördermittel für Unternehmen des Güterkraftverkehrs beantragt. Warum und in welcher Höhe der Handelskonzern mit einem weltweiten Umsatz von 57 Milliarden Euro staatliche Unterstützung für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen bekam, ist unklar. Auskünfte dazu verweigert das BAG vorerst, da diese „Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse“ von Aldi betreffen könnten. „Bei den erbetenen Informationen handelt es sich um unternehmensbezogene Informationen, die nicht offenkundig sind und bei denen ein Geheimhal-

tungswille von Aldi nicht ausgeschlossen werden kann“, hieß es. Auch Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, dessen Behörde das BAG unterstellt ist, äußerte sich nicht, sein Ministerium teilte lediglich mit: „Sofern die Fördervoraussetzungen für die Unternehmen von ALDI Süd bzw. Nord zutreffen, sind diese auch zuwendungsberechtigt.“ Selbst dem Parlament werden Auskünfte über die Verwendung der staatlichen Gelder verweigert. Eine kleine parlamentarische Anfrage der Grünen-Abgeordneten Valerie Wilms wurde mit der Aussage beantwortet, die Datenverarbeitung der BAG sei nicht „so ausgelegt“, dass man sagen könne, welche Unternehmen wie hoch gefördert würden. „Es ist ärgerlich, als Abgeordnete im Nebel stochern zu müssen und keine klaren Auskünfte zu bekommen, was mit Steuergeldern und Fördermitteln eigentlich passiert“, sagt Wilms. „Die Förderungen sollen bei der Aus- und Weiterbildung helfen und nicht das Sparprogramm eines Discounters aufpeppen. Sollte ein milliardenschwerer Laden wie Aldi tatsächlich diese Gelder anzapfen, wäre das unverschämt.“ Sowohl Aldi Süd als auch Aldi Nord bestätigten den Erhalt der Subventionen, verwiesen aber auf die Prüfung durch das BAG.

VOLKSWAGEN

Gehaltsobergrenze für Vorstände

Bernd Osterloh, Betriebsratschef des VW-Konzerns, plant, die Bezahlung des Vorstands zu ändern. Volkswagen-Chef Martin Winterkorn hatte im vergangenen Jahr einschließlich der Bezüge bei der Porsche Automobil Holding SE 18,3 Millionen Euro verdient – so viel wie zuvor kein Boss eines Dax-Konzerns. Die Summe löste eine Debatte über die Bezahlung von Managern aus. VW-Betriebsrat Osterloh sagt: „Sicherlich wird es bei VW Veränderungen geben.“ Als die Ziele für das Management 2009 vereinbart wurden, habe „keiner bei VW mit einem solch positiven Geschäftsverlauf



Winterkorn, Osterloh

gerechnet“, der die Vorstandsvergütungen in die Höhe schießen ließ. Dadurch betrug der Mindestlohn für die Mitglieder des VW-Konzernvorstands im vergangenen Jahr gut sieben Millionen Euro. „Jetzt müssen wir darauf entsprechend reagieren“, sagt Osterloh. Die Arbeitnehmervertreter hätten das Thema im Präsidium des VW-Aufsichtsrats bereits zur Diskussion gestellt. Offen sei, ob die Ziele für das Management angehoben werden, damit sich solche Gehälter nicht wiederholen können – oder ob der Automobilkonzern eine Obergrenze für die Vorstandsbezahlung einführt. Osterloh fordert zugleich eine Anhebung des Spitzensteuersatzes: „Warum sollen ab einem Einkommen oberhalb von zehn Millionen Euro keine 75 Prozent Steuern erhoben werden?“